

Afghanistan**Tanklastzug-Attacke zwingt Minister Jung in die Defensive**

"Großer Fehler", "ernster Vorfall", "eine Tragödie": Die Bundeswehr gerät nach dem von ihr bestellten Nato-Luftangriff in Afghanistan international in die Kritik. Auch im Inland formiert sich Protest wegen der Attacke mit vielen Toten - die Opposition sieht eine Mitschuld bei Verteidigungsminister Jung.

Kunduz/Berlin - Die Bundeswehr hat die Nato-Partner gegen sich aufgebracht. Nach dem von ihr angeforderten Luftangriff in Afghanistan mit Dutzenden Toten üben die Bündnispartner massive Kritik: Der französische Außenminister Bernard Kouchner bezeichnete den Luftangriff als "großen Fehler". Der Oberbefehlshaber der US- und Nato-Truppen in Afghanistan, General Stanley McChrystal, bestätigte am Samstag, dass bei dem Einsatz Zivilpersonen verletzt worden seien.

McChrystal sprach bei einer Pressekonferenz in Kunduz von einem "ernsten Vorfall", der zeigen werde, ob die Nato zu Transparenz bereit sei. Der Vorfall sei auch ein Test, um zu zeigen, dass die Nato zum Schutz des afghanischen Volks imstande sei. "Es ist mir sehr wichtig, dass wir das wahr machen."

McChrystal war am Samstag an den Ort des Luftangriffs in der Nähe von Kunduz gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Unter anderem besuchte er ein Krankenhaus, in das Verletzte eingeliefert worden waren. Dort sprach er mit einem zehnjährigen Jungen, der schwere Brandwunden hatte. Nach allem, was er vor Ort und im Krankenhaus gesehen habe, sei es eindeutig, dass Zivilpersonen zu Schaden gekommen seien, sagte der General. Ob Zivilpersonen getötet wurden, sagte er nicht.

Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) betonte dagegen erneut, dass keine unschuldigen Zivilisten getötet worden seien. Jung sagte der "Bild am Sonntag": "Nach allen mir zurzeit vorliegenden Informationen sind bei dem durch ein US-Flugzeug durchgeführten Einsatz ausschließlich terroristische Taliban getötet worden." Bei einem nachträglichen Aufklärungseinsatz am Ort des Geschehens seien "unsere Soldaten erneut angegriffen" worden, außerdem seien verkohlte Waffen gefunden worden.

"So viel Treibstoff in der Hand von Terroristen"

In der ARD sagte Jung, die Taliban hätten gedroht, "gerade vor den Bundestagswahlen Anschläge auf die Bundeswehr" zu verüben. "Deshalb war es eine sehr konkrete Gefahrenlage, wenn die Taliban in den Besitz von zwei Tanklastwagen gekommen sind, die eine erhebliche Gefahr für unsere Soldaten bedeutet haben." Schützenhilfe erhielt Jung vom Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch. "So viel Treibstoff ist in der Hand von Terroristen eine gefährliche Waffe, da musste der Kommandeur handeln", sagte Kirsch der "B.Z. am Sonntag".

In Kreisen der Nato-Führung in Afghanistan hieß es dagegen, man sei gar nicht glücklich über Jungs vorschnelle Äußerungen. Man sei irritiert darüber, dass es solche Erklärungen gegeben habe, noch ehe der Vorgang untersucht worden sei.

Die Bundeswehr hatte laut Verteidigungsministerium die Nato-Luftunterstützung am Freitag nach einem Taliban-Überfall auf zwei Tanklastzüge angefordert, um einem Selbstmordanschlag auf die deutschen Truppen vorzubeugen. Der Luftangriff wurde von amerikanischen Kräften durchgeführt. Der Bundeswehr zufolge wurden ausschließlich 57 Aufständische getötet. Der Gouverneur der betroffenen Region, Mohammed Omar, gab die Zahl der Opfer dagegen mit mindestens 72 an. Etwa 30 seien als Aufständische identifiziert worden.

Der französische Außenminister Kouchner betonte am Samstag in Stockholm, er wolle keine Schuld zuweisen, forderte aber eine gründliche Untersuchung. Der Luftangriff "ist eine der Grausamkeiten des Krieges". EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner sprach von einer "großen Tragödie". Der schwedische Außenminister Carl Bildt erklärte, das tägliche Sterben in dem Konflikt müsse so stark wie möglich verringert werden.

Europäische Partner zeigen sich entsetzt

Auch andere EU-Staaten übten Kritik. Der italienische Außenminister Franco Frattini und sein luxemburgischer Kollege Jean Asselborn sprachen wortgleich von "Aktionen, die niemals hätten geschehen dürfen". Asselborn sagte weiter: "Ich verstehe nicht, dass Bomben so einfach und so schnell abgeworfen

werden können." Wenn auch nur ein Zivilist unter den Opfern sei, dann sei dies "eine Aktion, die nicht hätte stattfinden dürfen". Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero bezeichnete den Angriff als "nicht hinnehmbar".

Die Staatsanwaltschaft Potsdam prüft nun, ob ein Ermittlungsverfahren gegen den verantwortlichen deutschen Offizier **eingeleitet werden muss**. Es gehe um einen "Anfangsverdacht wegen eines eventuellen Tötungsdelikts", sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Junker der "Bild am Sonntag".

Die FDP-Politikerin Elke Hoff sagte dazu SPIEGEL ONLINE: "Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Entscheidung für den Luftangriff allein vor Ort gefällt wurde. Man muss **die politisch Verantwortlichen in Deutschland klar benennen**."

Der Kommandeur des Bundeswehrlagers in Kunduz, Oberst Georg Klein, hatte am Freitag beim Hauptquartier der internationalen Schutztruppe Isaf Luftunterstützung angefordert, nachdem die Taliban zwei Tanklastzüge entführt hatten. Er befahl auch den Angriff.

Der afghanische Präsident Hamid Karzai teilte mit, es seien "rund 90 Menschen getötet oder verletzt" worden. Stammesälteste des Dorfes Omarchel sprachen von bis zu 150 Zivilisten, die getötet worden seien. Ein Mitarbeiter der Nachrichtenagentur dpa, der am Samstag zwei der Dörfer im Distrikt Char Darah besuchte, zählte dort 60 frische Gräber.

Massive Kritik auch im Inland

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) forderte in der "Bild am Sonntag" restlose Aufklärung. "Gegen verbrecherische Terroristen muss entschieden vorgegangen werden. Gleichzeitig müssen wir aber alles tun, um unschuldige zivile Opfer zu vermeiden."

Der FDP-Verteidigungsexperte Jürgen Koppelin verlangte eine ehrliche Debatte über den deutschen Afghanistan-Einsatz. Es handele sich um einen Krieg. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi sagte: "Die Tötung von Zivilisten bei einem von der Bundeswehr angeforderten Nato-Luftangriff ist durch nichts gerechtfertigt."

Die Grünen forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, "sich öffentlich bei den Menschen in Afghanistan und bei den Bündnispartnern" zu entschuldigen. "Mit der Anordnung der Bombardierung wurde ausgerechnet von der Merkel-Regierung der eingeleitete Strategiewechsel der USA zum Schutz der Zivilbevölkerung konterkariert", kritisierte Fraktionsvize Jürgen Trittin.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Info GmbH ist ein Großteil der Deutschen gegen ein dauerhaftes Engagement am Hindukusch. 45 Prozent der Befragten sprachen sich für einen sofortigen Abzug aus, 26 Prozent befürworteten einen Rückzug innerhalb der kommenden ein bis zwei Jahre.

Altkanzler Schröder fordert Exit-Strategie

Nur einen Tag nach dem tödlichen Nato-Luftangriff wurde am Samstag auf die deutschen Truppen erneut ein Selbstmordanschlag verübt. Dabei wurden fünf Soldaten und ein einheimischer Dolmetscher verletzt, wie die Bundeswehr mitteilte. Der Anschlag ereignete sich laut Bundeswehr fünf Kilometer nordöstlich von Kunduz. Im Osten Afghanistans wurde ein polnischer Soldat getötet, wie das Verteidigungsministerium in Warschau mitteilte. Fünf weitere wurden verletzt, als unter ihrem Fahrzeug eine Bombe explodierte.

Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) sprach sich für ein Ende des deutschen Engagements in Afghanistan in den kommenden fünf Jahren aus. "Wir können da nicht auf ewige Zeit bleiben", sagte er laut "Welt am Sonntag" bei einer Rede im westfälischen Lübbecke. Der internationale Militäreinsatz müsse mittelfristig ein Ende haben. Man solle dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai sagen: "Du musst das in den nächsten fünf Jahren schaffen. Ihr könnt euch nicht immer auf andere verlassen." Im Jahr 2015 müsse Ende sein mit dem internationalen Engagement. "Wir brauchen ein Datum", sagte Schröder.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte in der vergangenen Woche erklärt, er strebe einen konkreten Fahrplan für den Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan an. Auf eine Jahreszahl für den Abzug wollte er sich aber nicht festlegen.

wal/AP/AFP/dpa/ddp

URL:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647224,00.html>

FORUM:

Welchen Sinn hat der Einsatz in Afghanistan?

<http://forum.spiegel.de/showthread.php?t=8098&goto=newpost>

MEHR AUF SPIEGEL ONLINE:

Masar-i-Scharif: US-Talibanjäger rücken in Bundeswehr-Sektor ein (05.09.2009)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647192,00.html>

Afghanistan: Staatsanwalt prüft Ermittlungsverfahren wegen Luftangriffs (05.09.2009)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647205,00.html>

Dutzende Tote in Afghanistan: Bundeswehr wollte mit Luftangriff Selbstmordattentat verhindern (04.09.2009)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647081,00.html>

Kunduz: Mehrere deutsche Soldaten bei Anschlag auf Konvoi verletzt (05.09.2009)

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,647130,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2009

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH